

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 4

Artikel: Die Rote Revue im Rückblick. Teil IV, Die erste Sondernummer für Frauenfragen
Autor: Ryter, Elisabeth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341018>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Rote Revue im Rückblick (IV)

Die erste Sondernummer für Frauenfragen

erschien in der Roten Revue im Dezember 1926. Ein Weihnachtsgeschenk vielleicht? Für die Frauen war es wahrscheinlich eher ein Trostpreis, denn seit Ende 1920, als die *Vorkämpferin* eingegangen war, hatten sie innerhalb der sozialdemokratischen Partei keine eigene Zeitschrift mehr. Überhaupt steckten sie in einer Krise, von der sie sich nun langsam wieder zu erholen begannen.

Die Krise der Frauenbewegung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei nimmt Marie Huber zum Anlass um über „Die heutige Stellung und nächsten Aufgaben der sozialistischen Frauenbewegung in der Schweiz“ zu schreiben. Die Autorin geht in ihrer Analyse ein paar Jahre zurück: „Als 1916 der alte Arbeiterinnenverein aufgelöst und seine Mitglieder, in losen Frauengruppen zusammengehalten, der Partei direkt zugeführt wurden, war es nicht ein Zeichen der Erstarkung der sozialistischen Frauenbewegung, die ihre engen Grenzen der Separatorganisation sprengen wollte. Nein, es war lediglich eine mechanische Massnahme der Partei ohne innere und logische Notwendigkeit. Man hatte damals den Grütliverein aufgelöst, da kam im gleichen Atemzug auch die andere sozialistische Nebenorganisation, der Arbeiterinnenverein, dran. Dieser Schritt hatte zunächst verhängnisvolle Folgen: Die alte Organisation, das alte Zentrum waren dahin, ohne dass man schon einen Ersatz dafür hatte. Die Partei hatte auch keine Zeit, kein Geld, keine

Kräfte, die sie den Frauen hätte zur Verfügung stellen können, und so ging es mit der Frauenorganisation langsam, aber ständig zurück.“¹

Marie Huber (1881-1963) spricht hier aus eigener Erfahrung, denn sie war mittlerweile schon ein paar Jahre dabei.² Ursprünglich kam sie aus Vitebsk, aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie namens Blumberg. Sie gehörte zu der Gruppe der russischen Studentinnen, die vor dem Ersten Weltkrieg zum Studium in die Schweiz kamen und den Schweizer Universitäten kurzfristig zu einem für die damalige Zeit erstaunlich hohen Frauenanteil von einem Viertel verhalfen. Wie ihre meisten Landsfrauen studierte auch sie Medizin. In sozialistischen Studierendenkreisen lernte sie den Anwalt und späteren langjährigen SP-Nationalrat Johannes Huber kennen, den sie 1908 heiratete. Sie ist wahrscheinlich gegen Ende des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts in Rorschach in die SPS eingetreten. Rasch wurde sie zur dominanten Figur der Ostschweizer Sozialdemokratinnen. Dass sie sich in den folgenden Jahren so stark in der Parteiarbeit engagiert hatte, mag auch daran gelegen haben, dass ihr aufgrund der schweizerischen Gesetzgebung nicht erlaubt war, eine eigene Praxis als Ärztin zu führen.

¹ *Rote Revue* 1926/4, S.105.

² Die biographischen Angaben stammen aus dem Nekrolog in *Die Frau in Leben und Arbeit* 1963/2 und aus Daniela Neumann: Studentinnen aus dem Russischen Reich in der Schweiz (1867-1914), Zürich 1987, S. 84 und 211.

In ihrer Analyse der Krise der sozialdemokratischen Frauengruppen fragt sie auch danach, wer denn eigentlich die Mitglieder dieser Frauengruppen seien: „Da würden viele annehmen, dass es zuallererst die Frauen unserer Genossen sind. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Es ist eben die Tatsache, dass die meisten Genossen, die mit Ämtern und Würden ausgezeichneten, führenden Genossen, ebenso wie die kleinen Parteisolddaten, Frauen haben, die durch und durch bürgerlich denken und fühlen.“

Diese Argumentationsweise ist uns ja bereits vertraut, spielt sie doch auch in der Auseinandersetzung zwischen den Genossen Schmid und Huggler eine wichtige Rolle.³ Auch sie übernimmt dieses Urteil, obwohl ihre eigene Biographie den lebenden Gegenbeweis abgibt. Doch im Gegensatz zu vielen ihrer männlichen Genossen geht sie noch einen Schritt weiter und sucht nach den Gründen für die Schwierigkeiten, Frauen zu organisieren. Sie fragt danach, was denn die Partei den Frauen überhaupt biete. Ihre Antwort ist kurz: „Eigentlich herzlich wenig“. Die Strategie, den Frauen Kurse für die verschiedensten Haushaltbereiche anzubieten, sieht sie als überholt an. Wo es nötig sei, Wöchnerinnen-, Näh-, Strick-, Flick-, Haushaltungs- und Kochkurse anzubieten, sollten diese von den Gemeinden durchgeführt werden. Auch die „reine Bildungsarbeit“ – so ihre Bezeichnung – könne nicht Aufgabe der Frauengruppen sein, denn dafür wären schliesslich andere Parteinstitutionen wie etwa die Arbeiterbildungsausschüsse zuständig. Im Zentrum stehen müsse vielmehr die politische Bildungsarbeit.

Doch Marie Huber will nicht nur ihre Partei unterstützen, sie will auch etwas für die Frauen: das Stimmrecht. Und bis zur Einführung des allgemeinen Frauenstimm- und Wahlrechts soll den Frauen wenig-

stens dort Einsitz gewährt werden, wo dies zu jener Zeit möglich war: im Bereich der Schulaufsicht, in den öffentlichen Sozial- und Fürsorgebehörden. Hier sollen sie Gelegenheit erhalten, politische Institutionen kennzulernen, selbstbewusster zu werden und öffentlich Kritik zu üben.

Ihr Artikel zeigt einmal mehr das „Ach zwei Seelen in meiner Brust“-Syndrom, an dem auch viele andere ihrer Mitstreiterinnen litten. Auf der einen Seite sollten die Postulate der Linken an erster Stelle stehen – so verlangte es das Klassenbewusstsein. Auf der anderen Seite vernachlässigt eben diese Partei nur allzuoft die Anliegen der Frauen, was Marie Huber in ihrem Beitrag denn auch deutlich sagt: „Wir stehen immer noch in den Anfängen und müssen immer wieder auf andere Art versuchen, diesen steinigten Boden zu bearbeiten. Dabei können wir bis jetzt nicht einmal eine wesentliche Mithilfe der Genossen verzeichnen. Gerade durch unsere geringen Erfolge entmutigt, glauben sie oft, ihre materielle und persönliche Hilfe als unrationell versagen zu müssen. Und doch ist jedermann in der Partei von der Notwendigkeit der Organisation der Hunderttausende der arbeitenden Frauen unseres Landes überzeugt. (...) Nur glauben die Genossen, dass diese Arbeit nicht so dringend sei, und wollen immer zuerst eine andere Arbeit übernehmen“.

Sie löst diesen Konflikt zwischen Klassen- und Geschlechterfrage, indem sie den Genossen klarzumachen versucht, dass sie ohne oder gegen die Frauen die sozialistische Gesellschaft nicht würden verwirklichen können. Von den Frauen verlangt sie im Gegenzug solidarische Mitarbeit, in der festen Überzeugung, die Interessen der Frauen seien in der sozialistischen Bewegung gut aufgehoben. Ihr mag dabei der Wunsch nach einem partnerschaftlichen Zusammenleben der Geschlechter vor Augen gestanden haben – ein Wunsch, der sie letztlich die Spannung zwischen Hoffnung und Realität verdrängen liess.

³ Vgl. *Rote Revue* 1993/3, S. 32 f.

Ihr Artikel schliesst mit den Worten: „Also Genossen und Genossinnen! An die Arbeit!“ Wie ernst sie diese Aufforderung genommen hat, zeigt nicht zuletzt ihre Partei-Biographie. Sie war unter anderem zwischen 1925 und 1960 Mitglied der Zentralen Frauenkommission und des schweizerischen Parteivorstandes.

Auch die andern Beiträge dieser Frauennummer beschäftigen sich mit dem The-

menkreis Frauen und Sozialismus. Die Autorinnen gehörten wie Marie Huber zu den Aktivistinnen und verfügten – mit Ausnahme von Anny Klawe – alle über eine für damalige Verhältnisse überdurchschnittlich gute Ausbildung. Alle schrieben sie viel und in der Regel zu frauenspezifischen Themen.

Elisabeth Ryter

Die verweigerte Automobilität

Das Bündner Autoverbot 1900 - 1925

„Wie rasch und gründlich Zeiten und Menschen sich ändern! Vor noch kaum einem halben Jahrhundert sah man allgemein im Land der ‚Grauen Puren‘ das ‚moderne‘ Fahrzeug, das Automobil, als ‚eine Gefährdung des Verkehrs‘ an, als ‚eine unerträgliche Belästigung der Strassenanwohner‘,

Jürg Simonett

als ein ‚Luxusfahrzeug für müssige Sportsleute‘, als ein ‚lärmendes stinkendes Ungeheuer‘. Es war das ‚rote Tuch‘ überhaupt, wie die Ausdrücke zeigen, die damals in der Presse oder öffentlich im bündnerischen Parlament gefallen sind. Wer heute so reden würde, gälte wohl nicht zu unrecht als unheilbar geisteskrank.“

Obige Passage stammt aus dem massgebenden Werk zum Bündner Automobilverbot ¹. Der Pfarrer und Historiker Felici

Maissen hat es im Auftrag der Bündner Sektion des Automobil-Clubs der Schweiz verfasst. Erschienen ist es 1968, ein Jahr nach der Eröffnung des San Bernardino-Tunnels der N13, auf dem vorläufigen Höhepunkt der Bündner (Strassen-)Transitträume und der automobilen Begeisterung überhaupt.

Zwei Abstimmungen vor dem 1. Weltkrieg

Die erbitterte Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des Autos dauerte ein volles Vierteljahrhundert. Endgültig floss der motorisierte Verkehr erst ab Mitte 1925, nach der zehnten Auto-Vorlage, einigermassen frei und ungehindert – mindestens auf den wichtigsten Strecken. Die häufig gehörte Meinung, bis 1925 hätten sich auf Bündner Strassen überhaupt keine Autos bewegt, ist allerdings falsch; zu zahlreich waren die Ausnahmen und Spezialbewilligungen, zu häufig die ungeahndeten Übertretungen im weitläufigen Kanton.

¹ Felici Maissen, Der Kampf um das Automobil in Graubünden 1900-1925, Chur 1968.